

Boris Barth

Demokratie und Diktatur zwischen den Weltkriegen

**Kurseinheit 1:
Die Folgen des Ersten Weltkrieges
und die Probleme der Zwischenkriegszeit**

Fakultät für
**Kultur- und
Sozialwissen-
schaften**

Prof. Dr. Boris Barth hat an der Heinrich-Heine Universität, Düsseldorf, promoviert und an der Universität Konstanz habilitiert. Ferner war er tätig als Mentor an der FernUniversität in Hagen, am Institut für Internationale Studien in Prag, und er hat zahlreiche Posten als Lehrstuhlvertreter und visiting professor an mehreren weiteren Universitäten inne gehabt. Derzeit lehrt er Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Konstanz.

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Wir weisen darauf hin, dass die vorgenannten Verwertungsalternativen je nach Ausgestaltung der Nutzungsbedingungen bereits durch Einstellen in Cloud-Systeme verwirklicht sein können. Die FernUniversität bedient sich im Falle der Kenntnis von Urheberrechtsverletzungen sowohl zivil- als auch strafrechtlicher Instrumente, um ihre Rechte geltend zu machen.

Der Inhalt dieses Studienbriefs wird gedruckt auf Recyclingpapier (80 g/m², weiß), hergestellt aus 100 % Altpapier.

Inhalt:

I. Einleitung	2
II. Die Bedeutung und das Ende des Ersten Weltkriegs in Europa	5
III. Probleme der Pariser Konferenzen	11
IV. Die fünf Pariser Verträge	19
V. Revolutionen als Folge des Ersten Weltkriegs	28
1. Russland	31
2. Österreich- Ungarn	35
3. Das Deutsche Reich	38
VI. Der Krieg nach dem Krieg – Paramilitärs und Freikorps	44
VII. Fazit: Revisionismus als Folge der Pariser Verträge	55
VIII. Ausgewählte Literatur	59

I. Einleitung

Eine neue Ordnung für Europa?

Als auf den fünf Pariser Friedenskonferenzen 1919/20 der Erste Weltkrieg beendet wurde, herrschte bei vielen Politikern im Westen die Hoffnung vor, daß nach dem Grauen der Materialschlachten ein friedliches und demokratisches Europa etabliert werden könnte. Ein britischer Diplomat äußerte die Hoffnung, nicht nur den vergangenen Krieg zu liquidieren, sondern eine neue Ordnung für Europa zu schaffen und die Periode eines ewigen Friedens einzuleiten.¹ Kaum eine Einschätzung hätte falscher sein können als diese. Die Hoffnungen auf die Durchsetzung von Demokratie und innenpolitischer Freiheit in Europa entpuppten sich als trügerisch. Nach einer kurzen Phase der harten innen- und außenpolitischen Kämpfe wurde schon 1920 in Ungarn eine quasi- Diktatur errichtet. 1922 schlug Italien nach einem unblutigen Staatsstreich, dem bürgerkriegsähnliche Zustände vorausgegangen waren, den Weg hin zur Etablierung der faschistischen Diktatur Benito Mussolinis ein. Seit dem Ende der 1920er Jahre bestimmten autokratische und diktatorische Strömungen zunehmend die Politik in immer mehr europäischen Ländern. Anfang 1938 existierte in Mittel- und Osteuropa mit der Tschechoslowakei nur noch eine einzige Demokratie, und im spanischen Bürgerkrieg hatte der Faschismus auch auf Westeuropa übergegriffen.

Scheitern des demokratischen Experiments

Dieser Studienbrief untersucht die tieferen Gründe für das Scheitern des europäischen demokratischen Experimentes in den 1920er und 1930er Jahren. Im ersten Teil wird die Pariser Nachkriegsordnung mit ihren Problemen dargelegt. Dabei werden besonders die kurz- und mittelfristigen Nachwirkungen des Ersten Weltkrieges und der Friedensverhandlungen analysiert, um zu zeigen, welche immensen Probleme zu lösen waren und welche erheblichen Belastungen auf die fragilen neuen demokratischen Staaten zukamen. Der zweite Teil untersucht weitergehend, welche gesellschaftlichen Umbrüche, ökonomischen Verwerfungen und strukturellen Fehlentwicklungen dafür verantwortlich waren, daß nach dem Ersten Weltkrieg keine stabilen und demokratischen Strukturen in Europa etabliert werden konnten. Zwar nimmt die deutsche Geschichte einen breiten Raum ein, aber es werden so weit wie möglich stets Querverbindungen zu anderen und ähnlichen Entwicklungen in verschiedenen europäischen Staaten dargestellt, um eine vergleichende Perspektive zu ermöglichen. Diese beiden Teile des Studienbriefes argumentieren deshalb vorwiegend politisch und stellen primär die politischen, sozialen und einige der militärischen und ökonomischen Ereignisse dar. Im dritten Teil des Studienbriefes stehen die kulturelle Krise der Moderne und die Antworten, die darauf in Europa gefunden wurden, im Vordergrund. In allen drei Studieneinheiten werden an verschiedenen Stellen die Möglichkeiten, aber auch

¹ Zitiert bei: Erik Goldstein, *The First World War Peace Settlements 1919-1925*, London 2002, S. 1.

die Grenzen dargestellt, die das Gegensatzpaar „modern“ – „antimodern“ bietet, um die große europäische Krise der Zwischenkriegszeit zu analysieren.

Tabelle 1: Diktaturen in Europa:

1918-1921 – Bürgerkrieg in **Russland**, Sieg der Bolschewiki, Gründung der Sowjetunion

1920 – Admiral Miklós Horthy etabliert eine rechtsgerichtete Diktatur in **Ungarn**

1922 – Machtübertragung auf Benito Mussolini nach dem mythisch verklärten „Marsch auf Rom“, Abschaffung der Demokratie in **Italien**, ein faschistischer Staat entsteht

1925 – In **Albanien** wird ein autoritäres und nationalistisches Regime unter dem „warlord“ und Präsidenten (seit 1928 König) Achmed Zogu errichtet.

1926 – Militärputsch in **Litauen** durch Präsident Antanas Smetona, in den 1930er Jahren Entwicklung in Richtung auf eine Diktatur

1926 – Entmachtung des Parlamentes in **Polen** zugunsten einer faktischen Diktatur von Marschall Józef Pilsudski, der aus dem Hintergrund agiert, Anfang der 1930er Jahre Entwicklung zur offenen Diktatur

1929 – Staatsstreich in **Jugoslawien (bis dahin SHS- Königreich)**, Einführung einer serbischen „Königsdiktatur“ durch König Alexander

1932 – António de Oliveira Salazar wird Ministerpräsident in **Portugal** und entmachtet im folgenden Jahr das Parlament, er orientiert sich am faschistischen Ständestaat und führt eine Diktatur ein

Januar 1933 – so genannte „Machtergreifung“ des Nationalsozialismus im **Deutschen Reich**, die parlamentarische Demokratie wurde schon seit 1930 systematisch unterminiert

März 1933 – Staatsstreich durch Engelbert Dollfuß in **Österreich**, Einführung eines autoritären, bzw. austrofaschistischen Systems

1934 – Staatsstreich durch Karlis Ulmanis in **Lettland**, Einführung einer autoritären Diktatur

1934 – Staatsstreich und autoritäre Diktatur durch Konstantin Päts in **Estland**

1934/35 – Autoritäre Diktatur von Oberst Georgiev und Zar Boris III. in **Bulgarien**, auch wenn zeitweise noch eingeschränkt freie Wahlen zum Parlament stattfinden.

1936 – Der Putsch einer Militärclique gegen die Republik eskaliert zum Bürgerkrieg in **Spanien**, 1939 Sieg der Faschisten. Bereits in den 1920er Jahren bestand eine Militärdiktatur

1936 – Nach einem monarchischen Zwischenspiel wird in einem militärischen Staatsstreich in **Griechenland** eine Diktatur unter General Ioannis Metaxas etabliert, König Georg II. bleibt aber im Amt

1938 – Autoritäre Diktatur König Carol II. in **Rumänien**

Diese Tabelle ist unvollständig, beispielsweise ist umstritten, ob in einigen Fällen noch von stark eingeschränkten, autokratischen Demokratien, oder schon von diktatorischen Staaten gesprochen werden kann. Häufig wurde die bestehende demokratische Verfassung nicht formell außer Kraft gesetzt, sondern die autoritäre Diktatur wurde nur als ein vorübergehendes Übergangsstadium zur „Rettung des Staates“ propagiert. Auch wenn die jeweiligen Gründe für das Scheitern der Demokratien in den oben genannten europäischen Länder sehr unterschiedlich waren, kann doch das gehäufte Auftreten von Militärregimen, autoritären Staaten, Diktaturen und faschistischen Systemen in den 1920er und 1930er Jahren kein Zufall sein. Offensichtlich gelang es in vielen der europäischen Staaten nicht, die Staatsform der parlamentarischen Demokratie, die nach dem Ende des Ersten Weltkrieges neu eingeführt oder erweitert wurde, zu stabilisieren, bzw. demokratische Ideen in den Eliten und in der Bevölkerung zu verankern. Die Gründe hierfür sind unter Historikern stark umstritten und variieren oft, je nachdem welcher Standpunkt hervorgehoben wird.

In der Zeit vor 1914 schien vielen Beobachtern aus den liberalen und sozialdemokratischen Lagern der langsame, evolutionäre Weg in – modern gesprochen – eine freiheitliche, liberale und demokratische Zivilgesellschaft in Europa vorprogrammiert zu sein. Nach dem Ersten Weltkrieg nahm die Geschichte jedoch einen ganz anderen Lauf. Kurz vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges waren Demokratien in Europa selten geworden: Neben den kleinen Benelux-Staaten, den politisch wenig bedeutsamen skandinavischen Staaten und der Schweiz bestanden stabile politische Systeme nur noch in Großbritannien und in Frankreich, und selbst die französische Republik hatte sich Anfang der 1930er Jahre nur mit äußerster Mühe der Bedrohung von Rechts erwehren können.

Die historischen und politologischen Forschungen zur vergleichenden Geschichte von Diktaturen begannen bereits in den 1930er Jahren und haben seitdem eine Reihe von bemerkenswerten Ergebnissen hervorgebracht. Dabei wurden vor allem Systeme miteinander verglichen. Bis heute wird beispielsweise die Frage diskutiert, ob die Faschismusthese einen angemessenen Rahmen der Analyse bietet, d.h. ob die Gemeinsamkeiten zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem faschistischen Italien größer waren, als die Unterschiede. Die Annahme, daß Faschismus direkt aus dem kapitalistischen Wirtschaftssystem hergeleitet werden könne, ist allerdings veraltet. Auch die ältere Totalitarismusthese, die in den 1950er und 1960er Jahren grundlegende Parallelen zwischen dem Nationalsozialismus und der Sowjetunion zog, wird heute nur noch in Ausnahmen vertreten: Bei näherer Betrachtung waren die Unterschiede größer als die Gemein-

samkeiten. Im Folgenden werden diese theoretischen Debatten nicht explizit verfolgt, sondern an den entsprechenden Stellen in die Darstellung integriert.²

Auch wenn der Zusammenbruch von demokratischen Systemen im einzelnen unterschiedliche Ursachen hatte, so kann es doch auch kein Zufall sein, daß besonders diejenigen Staaten betroffen wurden, die – mit der Ausnahme Spaniens – als Kombattanten am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatten, oder die als Folge des Zusammenbruchs der multiethnischen Imperien nach dem Ersten Weltkrieg neu entstanden waren. Deshalb muss eine Analyse mit denjenigen Problemen ansetzen, die der Erste Weltkrieg hinterließ und die in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht gelöst werden konnten.

Zusammenbruch des demokratischen Systems

II. Die Bedeutung und das Ende des Ersten Weltkrieges in Europa

Viele Probleme, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit auftraten und die zur Destabilisierung zahlreicher europäischer Gesellschaften beitrugen, sind nur verständlich, wenn man den Einschnitt des Ersten Weltkrieges, sein spezifisches Ende und einige seiner direkten Folgen in die Betrachtung einbezieht. Zwar ist unter Historikern umstritten, ob der Erste Weltkrieg wirklich der erste „totale“ Krieg der Weltgeschichte war, doch markiert er zumindest für Europa eine eindeutige Zäsur. Zuvor hat es in Europa einen derartigen Zivilisationsbruch noch niemals gegeben, sieht man von den verheerenden Folgen der frühneuzeitlichen Religionskriege ab. Der Erste Weltkrieg war der erste vollständig industrialisierte Krieg der Geschichte, der nicht nur an der Front, sondern auch in der Heimat entschieden wurde: Jeder zivile Lebensbereich wurde in den Krieg einbezogen. Im Ersten Weltkrieg hatte sich das zuvor wohlhabende und selbstbewusste Europa, das bis dahin durch seinen Kolonialbesitz und die Stärke seiner Industrie das Zentrum der Welt dargestellt hatte, ökonomisch zudem selbst ruiniert.

Der Erste Weltkrieg als Zivilisationsbruch

Auch wird neuerdings darüber diskutiert, ob der Erste und der Zweite Weltkrieg zwei Eckpunkte einer gemeinsamen Epoche zwischen 1914 und 1945, eines zweiten 30jährigen Krieges markieren. Historiker wie Eric Hobsbawm und Hans-Ulrich Wehler haben an verschiedenen Stellen diese Annahme entwickelt.³ Besonders Arno J. Mayer vertritt programmatisch die These eines 30jährigen Krieges seit 1914, der letztlich zu Auschwitz, Treblinka und den anderen Vernichtungszentren des Nationalsozialismus führte. Mayer hebt hervor, daß die Vernichtung der europäischen Juden den Höhepunkt einer der gewalttätigsten Jahrhun-

Ein zweiter 30jähriger Krieg?

² Hierzu weiterführend der ausgezeichnete Überblick von Detlef Schmiechen-Ackermann, *Diktaturen im Vergleich*, Darmstadt 2006 (2).

³ Vgl. die entsprechenden Kapitel bei Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1998; Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4. *Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949*, München 2003.